

Biokraftstoffe

EU-Parlament stoppt Einstufung von Sojaöl als Hochrisiko-Rohstoff

Das Europäische Parlament hat den Rechtsakt der EU-Kommission zur Einstufung von **Sojaöl** als „**high iLUC-risk**“-**Rohstoff** gestoppt. Bei der Abstimmung im Plenum votierten 388 Abgeordnete für den Ablehnungsantrag. Damit bleibt Sojaöl vorerst von den **geplanten Einschränkungen für Biokraftstoffe** verschont, die die Kommission im April vorgestellt hatte. Bereits Ende Juni hatte der zuständige ITRE-Ausschuss den Rechtsakt abgelehnt.

Die Reaktionen auf das Abstimmungsergebnis fallen gegensätzlich aus. Die Biokraftstoffbranche zeigt sich erleichtert: Der Kommissionsvorschlag sei „zu hundert Prozent inkompatibel“ mit der EU-Proteinstrategie gewesen, so **Elmar Baumann**, Geschäftsführer des **Verbands der Deutschen Biokraftstoffindustrie** (VDB). Auch der Europaabgeordnete **Christian Ehler** (EVP), der im ITRE-Ausschuss als Koordinator seiner Fraktion fungiert, wertete die Entscheidung als Erfolg für Landwirtschaft und Biokraftstoffindustrie und verwies zusätzlich auf positive Effekte für die **Handelsbeziehungen mit den Mercosur-Staaten**.

Umweltverbände kritisieren das Ergebnis hingegen scharf. Die **Deutsche Umwelthilfe** (DUH) wirft dem Parlament vor, an der Förderung eines Geschäftsmodells festzuhalten, das Regenwälder und Savannen zerstöre, und fordert die Bundesregierung auf, die **Sojadiesel-Förderung in Deutschland** zu beenden – so wie es Frankreich, Dänemark, Belgien und die Niederlande bereits getan hätten. Ähnlich äußert sich der **Naturschutzbund** (Nabu): Weiter Soja-Kraftstoffe zu erlauben, sei ein herber Rückschritt für den Klima- und Naturschutz. „Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass Kraftstoffe auf Soja-Basis ähnlich schädlich für Natur und Klima sind wie solche aus Palmöl“, sagte **Nikolas von Wyseski**, stellvertretender Teamleiter Klima und Verkehr.

Die Kommission hatte vor der Abstimmung noch einmal eindringlich für ihren Vorschlag geworben. In einem Brief an die Abgeordneten warnte Energiekommissar **Dan**

Jørgensen vor handelspolitischen Konsequenzen: Sowohl Palmöl als auch Sojabohnen erfüllten laut aktueller wissenschaftlicher Datenlage die Kriterien für ein hohes iLUC-Risiko, die Kommission sei daher **rechtlich zur Aktualisierung verpflichtet**. Eine Verzögerung berge erhebliche rechtliche und wirtschaftliche Risiken – unter anderem drohten Vergeltungszölle Indonesiens von bis zu **5,6 Milliarden US-Dollar** jährlich sowie weitere Strafmaßnahmen Malaysias, da die Neuregelung mit bereits entschiedenen WTO-Streitfällen verknüpft sei.

Jørgensen versuchte in seinem Brief zudem, Bedenken der Abgeordneten zu entkräften. Sojaöl mache lediglich **fünf Prozent der europäischen Biokraftstoffproduktion** aus. Zudem verwies er auf die geplante Stärkung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2027 mit einem eigenen Proteinsektor sowie darauf, dass Mitgliedstaaten weiterhin **nationale Förderprogramme für Sojaanbau und -Biokraftstoffe** nutzen könnten. *Ccm*



Soja als „Risikrohstoff“

EU-Parlament blockiert Einstufung

Stand: 8. Juli 2026, 17:29 Uhr

Niels Reisinger

Lesezeit: 2 min

Die Agrarindustrie begrüßt die unerwartete Entscheidung.

Das EU-Parlament hat die geplante Einstufung von Soja als Rohstoff mit hohem iLUC-Risiko überraschend gestoppt; die Kommission muss einen neuen Rechtsakt vorlegen. Die Branche, darunter OVID und VDB, begrüßte das Votum und verwies auf methodische Mängel. Die DUH kritisierte die Entscheidung scharf und warnt vor handelsrechtlicher Konsequenzen.

BRÜSSEL. Überraschung im EU-Parlament: Soja wird in der Europäischen Union vorerst doch nicht als „Risikorohstoff“ für Entwaldung eingestuft. [Eine Resolution](#) gegen den von der EU-Kommission vorgelegten delegierten Rechtsakt fand am Mittwoch (8.7.) mit 388 Stimmen eine Mehrheit. Die EU-Kommission muss nun neuen Anlauf nehmen.

Die von der Agrar- und Ernährungswirtschaft befürchteten Kollateralschäden für die heimische Sojaerzeugung und -verarbeitung dürften damit zunächst ausbleiben. In einer ersten Reaktion sprach die Präsidentin des Verbandes der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID), **Jaana Kleinschmit von Lengefeld**, von einem „Sieg der Vernunft“. Scharfe Kritik äußerte die Deutsche Umwelthilfe (DUH).

Absatzkanal Biokraftstoffe wäre entfallen

Die EU-Kommission hatte geplant, Soja als Rohstoff mit hohem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen (high-iLUC) einzustufen. Biokraftstoffe aus Sojaöl hätten dann der Treibhausgas(THG)-Minderungsquote schrittweise nicht mehr angerechnet werden dürfen. Aus der Wirtschaft wurde gewarnt, dass die europäische Sojaerzeugung und -verarbeitung ohne diesen Absatzkanal internationale Wettbewerbsfähigkeit einbüßen würde. Zudem seien die EU-Sojalieferketten ohnehin entwaldungsfrei, eine pauschale Einstufung sei daher nicht angemessen.

Kommission warnt vor Sanktionen

EU-Kommissarin **Dubravka Šuica** verteidigte vor der Abstimmung die Position der Brüsseler Behörde. Wie bei Palmöl belegten „robuste wissenschaftliche Erkenntnisse“ das Risiko indirekter Landnutzungsänderungen auch beim weltweiten Sojaanbau.

Die Einstufung sei zudem nötig, um den Schlussfolgerungen zweier Streitbeilegungsverfahren bei der WTO nachzukommen. Die Kommissarin dürfte sich dabei auf die Handelsstreitigkeiten zwischen der EU sowie Malaysia und Indonesien bezüglich Biodiesel aus Palmöl bezogen haben. „Sollte die Einstufung blockiert werden, riskiert die EU erhebliche Sanktionen“, warnte Šuica.

Fehler in der Berechnungsmethode?

In der von den Parlamentariern eingebrachten Resolution wurde auch auf mutmaßliche Fehler in der von der Kommission angewandten Berechnungsmethode verwiesen. Unstimmigkeiten machten die Abgeordneten beispielsweise bei den angewandten Referenzzeiträumen aus. Ebenso seien bei der Ermittlung des Biomasseertrages von für den Sojaanbau genutzten Flächen die Effekte des „double croppings“ nicht berücksichtigt worden. Darunter versteht man die beim Sojaanbau vielerorts übliche doppelte Ernte auf der gleichen Fläche, etwa indem Mais und Soja hintereinander und innerhalb eines Kalenderjahres angebaut werden.

Das Argument einer fehlerhaften Berechnung brachten zuletzt auch Wirtschaftsverbände verstärkt ins Feld. Gegenüber AGRA Europe sprach der Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB), **Elmar Baumann**, von „gravierenden methodischen Mängeln“. Die der Einstufung zugrunde liegende Studie der EU-Kommission müsse „grundlegend überarbeitet werden“, forderte Baumann.

„Industriepolitisches Eigentor“ verhindert

Nach Einschätzung von OVID-Präsidentin Kleinschmit haben die Abgeordneten mit ihrem Votum „ein industriepolitisches Eigentor verhindert“. Damit bleibe der Weg frei für eine nachhaltige Eiweißstrategie.

Ähnlich äußerte sich die Generalsekretärin des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Stefanie Sabet**. Das EU-Parlament habe die „europäische Eiweißversorgung insgesamt“ gesichert. Der DBV erwarte von der Kommission nun „einen wissenschaftlich

robusten Rahmen, der Klima- und Energieziele mit einer verlässlichen Eiweiß- und Futtergrundlage in Einklang bringt“, so Sabet.

DUH sieht WTO-konformen Ausstieg aus Palmöldiesel gefährdet

Laut DUH-Geschäftsführer **Jürgen Resch** ist die wissenschaftliche Faktenlage gegen Diesel aus Soja dagegen „erdrückend“. Er forderte die Bundesregierung auf, nun zumindest auf nationaler Ebene die Förderung in Deutschland zu beenden, so wie es bereits Frankreich, Dänemark, Belgien und die Niederlande getan haben.

Die DUH kritisierte, das EU-Parlament habe – auch mit Unterstützung von Rechtsaußen-Fraktionen – einen WTO-konformen Ausstieg aus palmölbasiertem Biodiesel verhindert. Die EU riskiere nun „milliardenschwere“ Vergeltung durch Malaysia und Indonesien. Allein Indonesien könne nun Handelsmaßnahmen im Umfang von bis zu 5,6 Mrd. Euro ergreifen, so die DUH. AgE

Politik & Wirtschaft

EU-Parlament blockiert Einstufung

15. Juli 2026

Überraschung im EU-Parlament: Soja wird in der Europäischen Union vorerst doch nicht als „Risikorohstoff“ für Entwaldung eingestuft. Eine Resolution gegen den von der EU-Kommission vorgelegten delegierten Rechtsakt fand am Mittwoch (8.7.) mit 388 Stimmen eine Mehrheit. Die EU-Kommission muss nun neuen Anlauf nehmen.



Bild von Julio César García auf Pixabay

Die von der Agrar- und Ernährungswirtschaft befürchteten Kollateralschäden für die heimische Sojaerzeugung und -verarbeitung dürften damit zunächst ausbleiben. In einer ersten Reaktion sprach die Präsidentin des Verbandes der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID), Jaana Kleinschmit von Lengefeld, von einem „Sieg der Vernunft“. Scharfe Kritik äußerte die Deutsche Umwelthilfe (DUH).

Absatzkanal Biokraftstoffe wäre entfallen

Die EU-Kommission hatte geplant, Soja als Rohstoff mit hohem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen (high-iLUC) einzustufen. Biokraftstoffe aus Sojaöl hätten dann der Treibhausgas(THG)-Minderungsquote schrittweise nicht mehr angerechnet werden dürfen. Aus der Wirtschaft wurde gewarnt, dass die europäische Sojaerzeugung und -verarbeitung ohne diesen Absatzkanal internationale Wettbewerbsfähigkeit

einbüßen würde. Zudem seien die EU-Sojalieferketten ohnehin entwaldungsfrei, eine pauschale Einstufung sei daher nicht angemessen.

Kommission warnt vor Sanktionen

EU-Kommissarin Dubravka Šuica verteidigte vor der Abstimmung die Position der Brüsseler Behörde. Wie bei Palmöl belegten „robuste wissenschaftliche Erkenntnisse“ das Risiko indirekter Landnutzungsänderungen auch beim weltweiten Sojaanbau. Die Einstufung sei zudem nötig, um den Schlussfolgerungen zweier Streitbeilegungsverfahren bei der WTO nachzukommen. Die Kommissarin dürfte sich dabei auf die Handelsstreitigkeiten zwischen der EU sowie Malaysia und Indonesien bezüglich Biodiesel aus Palmöl bezogen haben. „Sollte die Einstufung blockiert werden, riskiert die EU erhebliche Sanktionen“, warnte Šuica.

Fehler in der Berechnungsmethode?

In der von den Parlamentariern eingebrachten Resolution wurde auch auf mutmaßliche Fehler in der von der Kommission angewandten Berechnungsmethode verwiesen. Unstimmigkeiten machten die Abgeordneten beispielsweise bei den angewandten Referenzzeiträumen aus. Ebenso seien bei der Ermittlung des Biomasseertrages von für den Sojaanbau genutzten Flächen die Effekte des „double croppings“ nicht berücksichtigt worden. Darunter versteht man die beim Sojaanbau vielerorts übliche doppelte Ernte auf der gleichen Fläche, etwa indem Mais und Soja hintereinander und innerhalb eines Kalenderjahres angebaut werden. Das Argument einer fehlerhaften Berechnung brachten zuletzt auch Wirtschaftsverbände verstärkt ins Feld. Gegenüber AGRA Europe sprach der Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB), Elmar Baumann, von „gravierenden methodischen Mängeln“. Die der Einstufung zugrunde liegende Studie der EU-Kommission müsse „grundlegend überarbeitet werden“, forderte Baumann.

„Industriepolitisches Eigentor“ verhindert

Nach Einschätzung von OVID-Präsidentin Kleinschmit haben die Abgeordneten mit ihrem Votum „ein industriepolitisches Eigentor verhindert“. Damit bleibe der Weg frei für eine nachhaltige Eiweißstrategie. Ähnlich äußerte sich die Generalsekretärin des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Stefanie Sabet. Das EU-Parlament habe die „europäische Eiweißversorgung insgesamt“ gesichert. Der DBV erwarte von der Kommission nun „einen wissenschaftlich robusten Rahmen, der Klima- und Energieziele mit einer verlässlichen Eiweiß- und Futtergrundlage in Einklang bringt“, so Sabet.

AgE

<https://www.deutsche-molkerei-zeitung.de/politik-wirtschaft/eu-parlament-blockiert-einstufung/>